

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt
Tageblatt Riesa,
Gemeinl. Nr. 20,
Postfach Nr. 62.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Kammeramts Riesa und des Hauptkolonats Meißner behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton
Dresden 1580.
Strohkasse
Riesa Nr. 62.

Nr. 126.

Freitag, 1. Juni 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintrittens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubende und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwünscht, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Gitzsch, Riesa.

Neue Aballität.

Von unserem Berliner Vertreter.

Der tschechische Außenminister Dr. Beneš ist in Berlin gewesen, das amtliche Communiqué hat bekanntlich die Uebereinstimmung Deutschlands und der Tschechoslowakei in schwebenden Fragen festgelegt. Mehr wußte man nicht von den Verhandlungen, die Dr. Beneš in Berlin geführt hat. Man war auf Vermutungen angewiesen, auf Andeutungen der Auslandspresse und stand vor der Frage, ob Dr. Beneš eine grundsätzliche Umstellung seiner bisherigen Politik vorgenommen hat. Das mußte der Fall sein, wenn die Andeutungen unterrichteter Stellen zuträfen. Die Einstellung Dr. Beneš ist ja bekannt. Er ist der große Vermittler in vielen weltpolitischen Fragen gewesen und stand stets auf der Seite vor allem Frankreichs. Nun hört man, ausführlicher über London, in Berlin wäre der Gedanke eines mitteleuropäischen Zollvereins erwogen worden. Das heißt mit anderen Worten, Dr. Beneš ist nach Berlin gekommen, um Deutschland für den Zollverein zu interessieren und Deutschlands Anschluß zu erreichen. Berücksichtigt man die Abhängigkeit namentlich der Tschechoslowakei von Frankreich, die verschiedenen Verträge, die zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei gemacht worden sind, so kommt man zu der Einsicht, die Tschechoslowakei müsse zu der Ueberzeugung gelangt sein, daß sie wirtschaftlich wenig von Frankreich habe dagegen ein enges Zusammengehen mit Deutschland sich mehr und mehr zur Notwendigkeit herausbilden. Es unterliegt keinem Zweifel: Die Frage des mitteleuropäischen Zollvereins muß in Berlin Gegenstand längerer Beratungen gewesen sein. Dr. Beneš ist tatsächlich, namentlich in seiner wirtschaftspolitischen Auffassung, anderen Sinnes geworden. Weshalb, liegt auf der Hand: Ein mitteleuropäischer Zollverein kann nur Berechtigung haben, wenn auch die Zollgrenze nach Deutschland revidiert wird. Die namentlich von den mitteleuropäischen Staaten errichteten Zollmauern hemmen jede Entwicklung und verteuern das Leben. Besonders die Tschechoslowakei leidet stark darunter und hat das größte Interesse daran, die Zollbarrieren zu lockern, um auch von deutscher Seite das notwendige Entgegenkommen zu erlangen.

Ein mitteleuropäischer Zollverein würde nun begreiflicherweise Deutschland als dem größten beteiligten, dem wirtschaftlich hochstehendsten Lande die führende Stellung einräumen. Nicht nur der wirtschaftliche, sondern auch der politische Einfluß Deutschlands müßte sich außerordentlich entwickeln und bemerkbar machen. Das zum Schaden Frankreichs, welches indessen mehr militärisches Interesse an der Tschechoslowakei nimmt, zumteil aber zum Schaden Englands, das als Vater der Donau-Österreicher-Idee bekannt ist und in seinen Vätern getroffen werden würde. So beginnt man sofort in England gegen eine Verständigung zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei Stimmung zu machen, versucht die Klänge des tschechischen Außenministers zu durchkreuzen, ist dabei aber nicht offen genug, das eigene Interesse zu betonen, sondern schiebt Frankreich als den Förderer des beabsichtigten Wirtschaftsbundes an der Donau unter Ausschluß Deutschlands vor. Wir erleben hier zum ersten Mal seit dem Frieden, oder man kann sagen, seit dem Kriegsausbruch, die offensichtliche Rivalität Englands auf wirtschaftspolitischem Gebiete, beagene dem Reich Englands, es könnte uns gelingen, ein neues Absatzgebiet zu erschließen, im Zollverein eine Vormachtstellung zu erlangen und England zu verdrängen. Man wird an den Kriegsgrund erinnert, der ja bekanntlich lediglich aus der englischen Rivalität gegen Deutschland entstand. Um Schwierigkeiten mit England zu vermeiden, ist es deshalb notwendig, wenn Deutschland in aller Offenheit seine Klänge verfolgt und Dr. Beneš das besondere Interesse der mitteleuropäischen Staaten an den Anschluß Deutschlands betont.

Die 50. Sitzung des Völkerbundsrates.

Genf. (Telunion.) Der Völkerbundsrat tritt am Montag, den vierten Juni, zu seiner 50. Sitzung zusammen. Die erste Sitzung des Rates fand am 18. Januar 1920 in Paris unter dem Vorsitz des französischen Delegierten Leon Bourgeois statt. Ursprünglich waren für die bevorstehende Jubiläumssitzung des Rates umfangreiche Feierlichkeiten vorgesehen, die jedoch im Hinblick auf die Abwesenheit Dr. Stresemanns und Briand auf ein geringes Maß, wahrscheinlich nur auf eine Ansprache des Ratpräsidenten beschränkt worden sind. Den Vorsitz führt diesmal der Vertreter von Rußland, der Berliner Gesandte von Ruda, Metacour. Briand wird durch Paul Boncour vertreten sein, Außenminister Dr. Stresemann durch den Staatssekretär von Schubert. Der deutschen Delegation gehören ferner noch ein Ministerialdirektor Dr. Gaus und v. Dirlen sowie der Leiter der Völkerbundsabteilung, Freiherr v. Weizsäcker. Der englische Außenminister Chamberlain wird nach den bisher hier vorliegenden Mitteilungen an der Ratssitzung teilnehmen. In den leitenden Völkerbundsstellen legt man auf die Anwesenheit Chamberlains diesmal besonderes Gewicht, um der Ratssitzung nicht den Charakter einer einseitigen Zusammenkunft der Großmächte zu geben, ein Eindruck, der im Falle des Ausbleibens Chamberlains leicht entstehen könnte.

Auf der Tagesordnung stehen 34 Punkte, von denen einige größere internationale Bedeutung haben.

Zur Klärung der politischen Lage.

Reichstagspräsident Lobe beim Reichspräsidenten.

Berlin. Nachdem Reichspräsident v. Hindenburg schon vor einigen Tagen eine Besprechung mit dem Reichskanzler Dr. Brüning über die durch die Wahlen geschaffene politische Lage gehabt hatte, empfing der Reichspräsident am Donnerstag vormittag zu demselben Zweck den Reichstagspräsidenten Lobe. Die Besprechung hatte nur den Zweck, den Reichspräsidenten zu informieren. Reichstagspräsident Lobe hielt einen kurzen Vortrag, an den sich noch ein Gedanken- und Sachverhalt angeschlossen. Die offiziellen Verhandlungen über die Regierungsbildung werden erst beginnen, nachdem das Kabinett demissioniert hat. Der Termin für den Rücktritt der gegenwärtigen Regierung steht noch nicht endgültig fest, denn das Kabinett hat bekanntlich beschlossen, dem Reichspräsidenten seinen Rücktritt erst am Tage vor dem Zusammentritt des Reichstags anzubieten. Die erste Sitzung des Reichstags hängt aber wiederum von der Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses durch den Reichswahlleiter ab. Vorläufig ist der 18. Juni für den Zusammentritt des Reichstags in Aussicht genommen. Danach würde der Rücktritt des Kabinetts am 12. Juni erfolgen, so daß Reichspräsident v. Hindenburg frühestens an diesem Tage einen Parteiführer mit Verhandlungen über die Neubildung der Regierung beauftragen könnte. In parlamentarischen Kreisen erwartet man allerdings, daß schon vorher Besprechungen unter den Parteiführern stattfinden. Diese können aber nur den Zweck haben, die Lage zu klären und darüber dem Rat, dem der Reichspräsident sein Vertrauen schenkt, die Arbeit von vornherein zu erleichtern.

Beratungen der Parteiververtretungen.

Berlin. Zur Vorbereitung der Verhandlungen über die Regierungsbildung im Reich dienen vor allem die Sitzungen der verschiedenen Parteivorstände und Parteiauslässe. Der sozialdemokratische Parteivorstand tritt bereits am 6. Juni in Köln zusammen und will auch am nächsten Tage, dem 7. Juni, sein umfangreiches Programm weiter beraten. Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei wird sich Mitte nächster Woche versammeln. Eine Festlegung des Termins ist noch nicht möglich gewesen, weil die Parteiführer, vor allem Dr. Schulz und Dr. Curtius, sich noch in Urlaub befinden. Die Demokraten werden vor dem Zusammentritt der Parlamente keine Tagung mehr abhalten, sie haben ihre Reichstagsfraktion einberufen für den 13. Juni vormittag einberufen. Der Parteivorstand des Zentrums versammelte sich am Donnerstag um 11 Uhr im Reichstagsgebäude zu einer Sitzung, an der auch Reichskanzler Dr. Brüning, der von Langer Krankeits wiedererholene Abg. v. Guérard und Dr. Winterlich teilnahmen. Die Beratungen dienen zur Vorbereitung einer Parteiauslässe-Sitzung des Zentrums, die für Freitag einberufen ist. Die deutsch-nationale Parteiverträtung wird erst nach dem Zusammentritt des Reichstags versammelt. Die deutsch-nationale Reichstagsfraktion ist für den 11. Juni nachmittags zu ihrer ersten Sitzung eingeladen worden.

Lobe auch bei Dr. Stresemann.

Berlin (Tel.) Reichstagspräsident Lobe hat im Anschluß an seinen Empfang durch den Reichspräsidenten von Hindenburg Dr. Stresemann einen Besuch abgestattet.

Die Genfer Aussprache über Unfallverhütung.

Genf. Die Internationale Arbeitskonferenz hat gestern vormittag mit der allgemeinen Aussprache über die Unfallverhütung begonnen. Die Aufgabe der Konferenz steht der englische Regierungsvertreter nicht in der Ausarbeitung einer internationalen Konvention, sondern in der Aufstellung von Richtlinien, um diesem Aufgabenfeld neuen Impuls zu geben. Auch verschiedene andere Redner äußerten sich über die Aufgaben der Konferenz im gleichen Sinne.

Der deutsche Arbeitsverträtter, Kommerzienrat Bogel-Chemnitz, bezeichnete die Unfallverhütung als eine der vornehmsten und dankbarsten Aufgaben der modernen Wirtschaftsführung und der praktischen Sozialpolitik. Diese Erkenntnis herrsche heute in allen großen Industriezweigen, da die erfolgreichsten Maßnahmen auf diesem Gebiet eine ganz erhebliche Ersparnis an Volkvermögen und Volkskraft und damit an materiellen und industriellen Werten bedeuten. Der Redner gab dann eine Würdigung dessen, was Deutschland auf diesem Gebiet geleistet hat und durch Initiative der Arbeitgeber- bzw. Arbeitnehmergeorganisationen in fortschreitendem Maß und mit Erfolge leistet, um besonders darauf hinzuweisen, in welchem Ausmaß es sich die deutsche Arbeiterschaft angelegen sein läßt, den Betriebsunfällen zu steuern und die Unfallverhältnisse ständig zu verbessern. Trotzdem bleibe noch viel zu tun, da bei der mit Rücksicht auf die sich entwickelnde Technik jeder Tag neue Gefahren und neue Aufgaben bringe, denen man gerecht werden müsse. Die Mitwirkung des Arbeitnehmers bei der Unfallverhütung sei überaus wichtig zu betonen, sie müsse vielmehr während des Arbeitens, wenn auch andererseits die Unterweisung durch die Arbeitnehmer für eine wirksame Verabreichung der Unfallversicherung unentbehrlich sei.

Der deutsche Arbeitsverträtter Sachs will die Unfallverhütung vor allem als Sache praktischer Zusammenarbeit aller Beteiligten, der Behörden, Unternehmer und Arbeiter, angesehen wissen. Die erforderlichen Maßnahmen müssen in den Betriebsstätten selbst einfließen. Die Arbeiterschaft wolle dabei nicht länger nur das Objekt von unfallverhütenden Maßnahmen sein, sondern lege Wert darauf, als gleichberechtigter aktiver Faktor bei der Lösung dieses wichtigen Problems mitzuwirken. Bei der Unfallverhütung müsse auch das Problem der Vermeidung gesundheitlicher Schädigungen einbezogen werden. Wie bereits der deutsche Arbeitgeber, so betonte auch der deutsche Arbeitnehmer die erste wichtige Aufgabe zur Erkenntnis der selbständigen Bekämpfung der Gefahren. Die Maßnahmen zur Unfallverhütung müßten mit der technischen Entwicklung Schritt halten, damit die Opfer auf dem Schlachtfeld der Arbeit nach Möglichkeit verringert werden könnten.

Der erste deutsche Regierungsvertreter v. Nolte, Präsident des schweizerischen Obergerichtes, gab eine eingehende Schilderung der entsprechenden Gesetzgebung im Deutschen Reich und betonte, daß die Reichsregierung mit außerordentlicher Freude die Aufnahme dieser Frage auf

die Tagesordnung der Konferenz begrüßt hat. Seit langen Jahrzehnten habe die deutsche Regierung allen Fragen des Arbeiterschutzes besondere Beachtung geschenkt und ihn nach den verschiedenen Seiten ausgebaut. Man müsse sich klar sein, daß die Unfallverhütung nur einen Teil, wenn auch einen sehr bedeutsamen und wichtigen Teil, des Gesamtzieles umfasse. Er bezeichnete dann die Aufgaben der in Deutschland territorial gegliederten Gewerbeaufsicht, sowie die Tätigkeit der Berufsgenossenschaften zur Aufsicht in den einzelnen Gewerbebezügen, ferner die Entwicklung des Arbeiterschutzes in der Gewerbeordnung des Deutschen Reiches, und erinnerte an den Gesetzentwurf über Arbeitsschutz, in dem neben der Regelung der Arbeitszeit und anderer Fragen auch das Aufgabenfeld der Unfallverhütung auf eine neue, zeitliche Grundlage gestellt werde. Nach seiner Auffassung ist menschlicher Irrtum unentbehrlich und heilbar zugleich; andererseits aber ist der gute Wille der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer ebenso unentbehrlich. Je größer die Erfahrungen wurden, die Deutschland auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes gewonnen hat, um so mehr hat sich der Gedanke durchgesetzt, daß die Unfallverhütung auch mit der allgemeinen Wohlfahrtspflege und dem Gesundheitswesen aufs engste verbunden ist. Es stellen sich Zusammenhänge zwischen Unfall- und allgemeinem Volksgesundheit heraus; es lag daher nahe, auch in dieser Richtung Verbindungen zu gemeinsamer Bekämpfung beider herzustellen. Entscheidendes Gewicht lege der deutsche Regierungsvertreter auf die Erziehung des Arbeiters, mit der heute in Deutschland bereits in den Schulen vornehmlichste Art begonnen werde. Diese Erziehung und Aufklärungsarbeit müsse planmäßig bei der Berufsausbildung und auch später fortgesetzt werden. Er erinnerte daran, daß die neuzeitliche Arbeitsweise der Mechanisierung und Rationalisierung der Tätigkeit des einzelnen Arbeiters gewisse Gefahren mit sich bringe, die durch Erforschung und Ausbau dieser Arbeitsmethode möglichst ausgeschaltet werden müsse, und gab schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß die einschlägigen Arbeiten der Konferenz ein mächtiges Echo in der ganzen Welt wecken und so einen wichtigen Anstoß zu erneuter Anstrengung sowohl der Behörden wie vor allem der Arbeitgeber und Arbeitnehmer geben werden.

Der österreichische Arbeitsverträtter Fortner befahte sich besonders mit der Bekämpfung der Verkehrsunfälle, deren Zahl verringert werden könnte, wenn die Kraftwagenführer, die oft sehr lange beschäftigt seien, entlastet und besonders in verkehrsreichen Städten vor Ueberanforderung geschützt würden. Zur Verhütung häufiger Verkehrsunfälle bei den Bahnen trat er für die allgemeine Einrichtung der automatischen Kuppelung ein und verlangte schließlich eine häufige behördliche Untersuchung aller im Verkehr befindlichen Fahrzeuge, vor allem der Kraftfahrzeuge, da dadurch ebenfalls zur Verringerung der Zahl der Verkehrsunfälle beigetragen werden könne.

Der Streik in der Rheinschifffahrt.

Köln. Ministerialrat Dr. Grabein als Vertreter des Reichsarbeitsministers hat bei der gestrigen zweiten unerbittlichen Aussprache der Parteien im Rheinschiffahrtstreik den Vorschlag eines Waffenstillstandes in

dem Sinne gemacht, daß die Arbeit zu den alten Löhnen wiederaufgenommen und das endgültige Verfahren erst später durchgeführt werden soll. Dieser Vorschlag und andere Vorschläge führten jedoch zu keiner Verständigung, sodas auch diese Aussprache als ergebnislos zu bezeichnen ist.